

# Social Media statt Schulsport auf dem Stundenplan?

Schüler des Mariengymnasiums diskutieren mit Landesminister und Oberbürgermeister über Sinn und Unsinn eines Verbot von TikTok, Instagram und Co. für Jugendliche

Gordon K. Strahl

Der Pausengong ertönt – doch die rund 400 Schüler im Forum des Mariengymnasiums bleiben einfach sitzen: Denn Schülersprecher Elias Jaudschus hatte kurz vorher seine Mitschüler gebeten, nicht aufzustehen, damit die Podiumsdiskussion Nathanael Liminski, Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten sowie Medien in Nordrhein-Westfalen und Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen zum Thema „Social-Media-Verbot“ ungestört weiterlaufen kann. „Ich war früher auch Schülersprecher“, staunt Liminski, „aber die Pause konnte ich damals nicht abschaffen“. Aber vielleicht interessierte es die Schüler der Jahrgänge 9 bis Q1 einfach, was die beiden CDU-Politiker zur womöglich folgenreichsten Debatte ihrer Generation beizutragen haben: Sollen Instagram, TikTok und Co. für unter 16-Jährige verboten werden?

Die Antwort der beiden Politiker fällt klar aus. „Ich persönlich bin nicht für ein pauschales Verbot bis 16, um das direkt vorweg zu sagen“, stellt Liminski fest. Er warnt vor politischem Reflex: „Sehr viele Kolleginnen und Kollegen kamen um die Ecke und sagten: Social Media dominiert das Leben junger Menschen. Wo ich mich dann frage: Wo waren die die letzten 15 Jahre?“ Kufen pflichtet bei: „Ich wüsste auch gar nicht, wie so ein Verbot durchgesetzt werden könnte. Wir können vielleicht einfach ab 18 Uhr das Internet abschalten.“ Gelächter in der Aula. Doch der OB wird sofort ernst. Corona habe die Bildschirmzeiten dramatisch erhöht, die Folgen für Psyche, Gesellschaft und Demokratie seien messbar: „Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher.“

## Debatte mit den jungen Menschen führen

Liminski entwirft ein abgestuftes Konzept: bis 14 strenger Schutz, also kein freier Zugang zu sozialen Netzwerken, sondern nur zu altersgerechten Angeboten. Von 14 bis 16 ein durchgesetzter Jugendschutz, ab 16 Eigenverantwortung. „Mir ist wichtig, dass wir die Debatte als Politik nicht gegen junge Menschen führen, sondern mit ihnen – und vor allem, dass wir sie auf diejenigen zielen lassen, die das Ganze eigentlich verantworten: die Plattformen.“ Die seien der eigentliche Adres-



**Oberbürgermeister Thomas Kufen diskutiert mit Schülern des Mariengymnasiums über ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige.** Gordon K. Strahl / WN

sat: „Die verdienen damit Geld, die sitzen am längsten Hebel, die können per Knopfdruck Regeln durchsetzen oder nicht.“ Wer in Europa Geld verdiene, müsse sich an europäische Regeln halten – „auch als amerikanische Plattform“.

Dass das Argument nicht akademisch ist, belegt Liminski mit einem Beispiel: Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau verliere auf X kontinuierlich Follower. „Wir wissen überhaupt nicht, warum. Die sind eigentlich viel aktiver als früher.“ Doch wer Elon Musk kenne, ahne, woher das komme. Ein Algorithmus sei eben „nicht irgendein Produkt“.

Auch Kufen zieht Parallelen zu anderen Lebensbereichen: „Wie wir Zugang zu Alkohol oder zu Zigaretten oder zu Pornografie reglementiert haben, muss das auch



**Nathanael Liminski, NRW-Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten sowie Medien und Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen mit den Organisatoren des Talks im Forum des Mariengymnasiums: Schülersprecher Elias Jaudschus, Arne Postler und Luise Georg, sowie die stellvertretende Rektorin Christine Richtscheid.**

Gordon K. Strahl / WN

fürs Internet gelten.“ Liminski schärft das Bild: „Wenn euch der Supermarkt harten Alkohol verkauft, dann sagen wir auch nicht: Jetzt gehen wir erstmal zu dem, der den Alkohol gekauft hat. Sondern dann sagen wir: Entschuldige mal, wie kann es sein, dass hier 12-Jährige harten Wodka kaufen?“ Eine technische Lösung sei in Sicht: Die sogenannte EUDI Wallet, eine europäische digitale Identität, soll zum 1. Januar 2027 kommen. Smartphones könnten dann das Alter ihrer Nutzer kennen – und Inhalte automatisch freischalten oder sperren.

## Verzerrung von Wirklichkeit

Schnell geht es um die demokratischen Folgen der Plattformlogik. Populismus funktioniere auf Social Media besser als die Mitte, gibt Schülersprecher Jaudschus zu bedenken. Liminski wird deutlich: Im Krieg sterbe immer zuerst die Wahrheit, Russland habe lange vor der Invasion einen Informationskrieg gegen die Ukraine geführt. Und er erinnert an Trump-Strategie Steve Bannon: „Flood the zone with shit – die Strategie, das Internet mit Mist zu überfluten, hat leider funktioniert.“

Sein Vorschlag, den er aus NRW nach Brüssel trägt: „Bots, Fake Accounts, gekaufte Reichweite gehören verboten. Da kann mir auch niemand erzählen, das hat was mit freier Meinungsäußerung zu tun. Das ist Verzerrung von Wirklichkeit.“

Kufen ergänzt mit einer Beobachtung aus einer Essener Werbeagentur. Die könne sekundengenau

messen, wie lange Augen auf Bildern verweilen. „Wenn da ein Mädchen mit rotem T-Shirt länger angeschaut wird als ein Junge mit grünem T-Shirt, dann gibt es mehr Mädchen mit rotem T-Shirt. Das ist echt spooky.“ Die Botschaft: „Nicht alles glauben, was einem angezeigt wird.“

Mit einem Bild aus dem Alltag illustriert Kufen die verkürzte Aufmerksamkeitsspanne der heutigen jungen Generation. Beim Musikspiel „Hitster“ falle auf, dass neue Songs sofort losgingen, während Lieder aus den 70ern langes Intro hätten. „Die Musikindustrie sagt, die Kids können gar kein Lied mehr ertragen, was 3 Minuten 30 geht.“ In Grundschulen säßen Kinder kaum noch 45 Minuten still.

## Kritische Stimmen aus dem Publikum

Dann öffnet sich das Mikrofon. Dabei zeigt sich: Nicht nur das Thema Social Media beschäftigt die Schülerschaft. Ein Schüler bemängelt, Politik entscheide über die Köpfe der Jugend hinweg – Stichwort Wehrpflicht. Liminski gibt ihm recht: „Bei der Wehrpflichtdebatte fand ich, war das zu wenig davon.“

Doch zurück zum eigentlichen Thema. Eine Schülerin findet, das Thema Medienkompetenz erhalte im Stundenplan zu wenig Gewicht: „Wozu braucht man drei Stunden Sport? Da könnte man doch eine Stunde in der Woche dazu verwenden, um über Social Media und Co. aufzuklären“, findet sie. Auch eine 16-jährige Mitschülerin findet den

vorhandenen Unterrichtsstoff in Sachen Medien unzureichend. Ihre Medienkompetenz habe sie nicht jedenfalls nicht in der Schule erlangt: Der schulische Medientag zum Beispiel sei zu „lasch“ gewesen. Dabei sei der Bedarf für ein altersgerechtes Angebot durchaus da: Sie kenne viele unter 14, die TikTok und Instagram nutzten und nicht differenzieren könnten. Thomas Kufen kontert charmant: „Du bist ein gutes Beispiel dafür, dass ein Verbot gar nichts bringt. Du gehst doch verantwortlich damit um.“ Trotzdem brauche es bis 14 eine harte Grenze.

Ein anderer Schüler fordert beharrlich ein Gesetz – das nehme Eltern Druck. Kufen winkt vorsichtig ab: „Ich kenne keine Eltern, die vorher ins Gesetz gucken, wie viel Taschengeld sie geben sollen.“ Doch der Schüler lässt nicht locker. Liminski klatscht spontan: „Ein Applaus einmal hier für den Mitschüler, der so engagiert mit mir diskutiert.“

Auch Beleidigungen und Drohungen im Netz sind Thema. Kufen plädiert für eine Klarnamen-Pflicht in bestimmten Foren. Liminski beschreibt seine persönliche Grenze: „Wer in die Arena geht, muss wissen, dass da Löwen sind.“ Bei Drohungen gegen Familie oder Mitarbeiter aber sei Schluss – „bis wir vor deren Tür stehen, den Leuten klingeln und sagen: Guten Tag, wir wissen genau, was du getan hast“.

Kufen interessiert, wie die Schüler zum Thema Handyverbot in Schulen stehen. Knapp die Hälfte der

Jugendlichen im Forum sind für ein komplettes Verbot während der Schulzeit, zeigt die Umfrage per Handzeichen. Genau das sei die Regeln, die hier auch Anwendung findet, betont die stellvertretende Schulleiterin Christine Richtscheid. Bei Verstoß werde das Handy für zwei Schultage konfisziert. „Wehe dem, der es an einem Donnerstag oder Freitag abgeben muss.“ Kufen nickt anerkennend. Eine Gesamtschule im Essener Norden habe nach ähnlicher Einführung festgestellt: Plötzlich werde auf dem Schulhof wieder gequatscht, gesungen, Fußball gespielt. „Der Mensch ist ein soziales Wesen. Er lebt von realen Kontakten, nicht von Social Media Kontakten.“

Nach gut 60 Minuten muss Liminski weiter nach Brüssel, um der EU-Kommission die Durchsetzung des Digital Services Act anzumahnen. Sein Abschiedssatz: „Wenn alle Schulen in Nordrhein-Westfalen in dem Zustand sind, dann mache ich mir keine Sorgen mehr.“ Thomas Kufen diskutiert noch gut eine halbe Stunde weiter mit den interessierten Schülerinnen und Schülern. Das obligatorische Foto für Instagram und Facebook haben die Politiker zusammen mit den Schülervertretern schon zu Beginn der Veranstaltung geschossen.